

„Übergabe in Verantwortung“? Nicht ohne die afghanischen Frauen!

15 Forderungen für das Gelingen eines afghanischen Friedensprozesses

medica mondiale begrüßt die Ankündigung des Auswärtigen Amtes, dass Deutschland seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat und den Vorsitz der Afghanistan-Arbeitsgruppe dazu nutzen möchte „um den Friedensprozess in Afghanistan in den Vereinten Nationen zu begleiten und abzusichern“. Grundsätzlich sieht *medica mondiale* keine Alternative zu den Gesprächen mit den Taliban und anderen kriegführenden Gruppen auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden in Afghanistan. Allerdings darf der eingeleitete Friedensprozess nicht zu Lasten afghanischer Frauen und Mädchen erfolgen. Die Wahrung der Frauen- und Menschenrechte muss Teil des Verhandlungsergebnisses sein, ein Ausverkauf der Frauenrechte zugunsten eines Friedensvertrags mit den Taliban darf weder von der deutschen Bundesregierung noch von der internationalen Gemeinschaft akzeptiert werden.

Auch wenn es sich um einen inner-afghanischen Friedensprozess handelt, gilt es, dass die deutsche Bundesregierung als Teil der internationalen Gemeinschaft und als Geldgeber für den Friedensprozess von Beginn an klare Kriterien für die Umsetzung des Friedensprozesses gegenüber der afghanischen Regierung aufstellt und deren Erfüllung vehement einfordert.

Aber auch die afghanische Regierung muss ihren Verhandlungspartnern deutlich machen, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit ein erfolgreicher Friedensprozess gelingen kann.

Welche Kriterien dabei für die deutsche Bundesregierung im Fokus stehen sollten, hat *medica mondiale* aus frauenrechtlicher Sicht im Folgenden formuliert.

medica mondiale fordert die deutsche Bundesregierung dazu auf:

1. einem afghanischen Friedensprozess, der fundamentale Frauenrechte – unter anderem verbürgt in der Konvention zur Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen (CEDAW) – aufs Spiel setzt, die finanzielle und politische Unterstützung zu verweigern.
2. gegenüber der afghanischen Regierung einzufordern, dass die festgelegten sogenannten ‚Roten Linien‘ für Verhandlungen mit den Taliban eingehalten werden: der Gewalt abzuschwören, sämtliche Verbindungen mit Al Qaida zu beenden und die afghanische Verfassung zu akzeptieren. Dabei sollte die deutsche Regierung deutlich machen, dass die Achtung der Frauen- und Menschenrechte, so wie sie durch die afghanische Regierung durch Ratifizierung internationaler Menschenrechtsabkommen akzeptiert wurden, nicht unter Hinweis auf Religion und Tradition umgangen werden dürfen.

3. gezielt Frauenrechtsaktivistinnen und Frauenrechtsorganisationen finanziell und logistisch zu unterstützen, damit diese sich am Friedens- und Sicherheitsprozess effektiv beteiligen können.
4. künftige Schuldenerlasse, wie den kürzlich durch Außenminister Westerwelle verkündeten Erlass in Höhe von 13 Millionen Euro, an Maßnahmen des Gender-Budgetings zu knüpfen.
5. Druck auf die afghanische Regierung auszuüben, dass von den deutschen Geldern, die in den Friedensprozess fließen, wenigstens 25 Prozent gezielt für die Unterstützung von Frauen und Mädchen ausgegeben werden.
6. sich durch öffentliche Solidaritätsbekundungen hinter die afghanischen Frauen und Mädchen zu stellen, ihr Engagement beim Wiederaufbau Afghanistans hervorzuheben und die afghanische Regierung ebenso öffentlich davor zu warnen, die Frauenrechte in Afghanistan im Bemühen um einen Frieden zur Verhandlungsmasse zu machen.
7. die afghanische Regierung dazu anzuhalten, den Anteil von Frauen im Friedensrat auf 50 Prozent zu erhöhen.
8. endlich einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 zu erarbeiten, der auch Konzepte enthalten muss, wie Frauen und Mädchen in Kriegs- und Nachkriegsgebieten wie beispielsweise Afghanistan unterstützt werden können, um aktiv an Friedens- und Sicherheitsprozessen in ihren Ländern zu partizipieren. Denn: Die mangelnde Umsetzung des Aktionsplans Zivile Krisenprävention und die Weigerung, einen Nationalen Aktionsplan zur Resolution 1325 zu erarbeiten, greift Deutschlands Glaubwürdigkeit in seiner Vorreiterrolle als Zivilmacht an.
9. die deutsche Zivilgesellschaft regelmäßig in größtmöglicher Transparenz über Verlauf und Zwischenergebnisse im afghanischen Friedensprozess sowie über die deutsche und die internationale Rolle im Friedensprozess zu informieren.
10. den deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat dazu zu nutzen, innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft endlich auf die Umsetzung des Strategiewechsels hin zu einer Priorisierung des zivilen Engagements zu drängen und dabei selbst als Vorbild voranzugehen.
11. bereits jetzt die zukünftige Rolle der UN in Afghanistan, als Vertreterin der internationalen Staatengemeinschaft, zu bedenken und ab sofort langfristige Pläne für eine UN-Friedensmission nach Abzug aller militärischen Truppen sowie ein kohärentes Friedenskonzept zu entwickeln.
12. sich für die Errichtung eines UN-Monitoring-Komitees einzusetzen, das den Friedensprozess sowie sich daraus entwickelnde Projekte zur Friedenssicherung begleitet, die afghanische Zivilbevölkerung regelmäßig über Verlauf und Ergebnisse informiert und die Partizipation von afghanischen Frauen gegebenenfalls einklagt.
13. die afghanische Regierung dazu aufzufordern, ihrer sich aus den UN-Sicherheitsratsresolutionen 1820 und 1888 ergebenden Verpflichtung nachzukommen, führende Kriegsverbrecher anzuklagen und zu bestrafen sowie das Amnestiegesetz von Dezember 2009 zu revidieren.

14. Druck auf die afghanische Regierung auszuüben, früheren Kriegsherren und mutmaßlichen Kriegsverbrechern keine politischen Ämter oder Positionen in der afghanischen Verwaltung zu übertragen.
15. innerhalb der internationalen Gemeinschaft einzufordern, dass alle gezielten Tötungen von mutmaßlichen Terroristen umgehend eingestellt werden, da ein wirklicher Friedensprozess ansonsten nicht eingeleitet werden kann.

medica mondiale setzt sich seit 1993 ein für traumatisierte Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten. Dabei versteht sich die Organisation als Anwältin für die Rechte und Interessen von Frauen, die sexualisierte Kriegsgewalt überlebt haben. Neben gynäkologischer Versorgung, psychosozialer und rechtlicher Unterstützung bietet *medica mondiale* Programme zur Existenzsicherung und leistet politische Menschenrechtsarbeit. 2008 wurde die Gründerin der Organisation Monika Hauser mit dem Right Livelihood Award, dem so genannten Alternativen Nobelpreis, ausgezeichnet.